Die Landrätin

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 7. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 15.06.2026

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

8. Einrichtung eines Quartiersmanagements für Zugewanderte aus Mittel- und Südosteuropa in den Kommunen Gütersloh und Rheda-Wiedenbrück aus Erkenntnissen der MSOE-Zielgruppenerhebung - DS-Nr.: 6649 -
- Anfrage der SPD-Fraktion vom 11.06.2026 - DS-Nr.: 6649/1 -
- Antrag der Fraktion Die Linke vom 15.06.2026 - DS-Nr.: 6649/2 -

Die SPD-Fraktion begründete ihre Anfrage mit dem Wunsch, dass die Verwaltung die Finanzierung des Quartiersmanagements sowie die Beschlusslage in den Städten Gütersloh und Rheda-Wiedenbrück näher erläutere. Hierzu führte die Verwaltung aus, dass ihr letztere nicht bekannt sei. Eine Übertragung von in den Jahren 2026 und 2027 nicht verausgabten Fördermitteln sei nicht möglich. Bereits im Ausschuss für Arbeit und Soziales sei darauf hingewiesen worden, dass eine Anschlussfinanzierung nicht gesichert sei. Der Corona-Sozialfonds *(Anm. der Verwaltung: der Premium Food Group, vormals Fa. Tönnies)* verfüge jedoch noch über eine längere Restlaufzeit; von dessen Mitteln sei bislang erst ein Teil bewilligt worden. Darüber hinaus könne derzeit nicht abschließend beurteilt werden, ob sich das Land ab dem Jahr 2028 weiter an der Finanzierung beteilige.

Die Fraktion Die Linke erläuterte ihren Antrag dahingehend, dass die Option einer weiteren Förderung der Caritas als gleichwertige Alternative zum Vorschlag der Verwaltung aufgenommen werde. Deren Ansatz werde grundsätzlich begrüßt, da die in der Anlage zum Antrag wiedergegebenen Einschätzungen osteuropäischer Arbeitnehmer erkennen ließen, dass ein Unterstützungsbedarf bei der Integration bestehe. Zu diskutieren sei jedoch, auf welche Weise dieser Ansatz umgesetzt werden solle. Insbesondere sei zu klären, ob die Aufgabe weiterhin durch die Caritas oder künftig durch die kommunal getragenen Quartiersbüros wahrgenommen werden solle. Sie sehe kritisch, dass bislang zwar die Ergebnisse der Befragung veröffentlicht worden seien, die der Beschlussvorlage zugrunde liegende Datenbasis aber erst zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht werden solle. Von besonderem Interesse sei die Formulierung der Fragebögen und wer die befragten 600 Teilnehmer gewesen seien.

Der vom Quartiersmanagement angesprochene Personenkreis stamme schließlich aus Osteuropa und habe durch Erfahrungen in der Heimat eine gewisse Skepsis gegenüber öffentlichen Institutionen. Die Caritas habe in den vergangenen zehn Jahren erfolgreiche Arbeit geleistet und durch großes Engagement sowie den Einsatz von Muttersprachlern ein Vertrauensverhältnis geschaffen. Bis die neue Institution wirksam funktioniere und die Zielgruppe Vertrauen in die Arbeit der Quartiersmanager gefunden habe, vergingen voraussichtlich Jahre. Zu diesem Zeitpunkt könnten die zur Verfügung stehenden Fördermittel bereits ausgelaufen sein. Die Fördermittel seien nach ihrer Erfahrung bei der Caritas am wirksamsten eingesetzt, was den Vorteil habe, dass nach Auslaufen der Fördermittel kein Risiko entstehe, eine Anschlussfinanzierung aus dem kommunalen Haushalt sicherstellen zu müssen. Weiterhin nehme sie wahr, dass gemeinnützige Organisationen und ehrenamtlich Engagierte trotz Anerkennung für ihr Engagement

bei der Aufgabenwahrnehmung zunehmend durch den Ausbau verwaltungsinterner Strukturen verdrängt und nur noch mit unterstützenden und nachrangigen Tätigkeiten beauftragt würden. Aufgaben, die nach wie vor von diesen wahrgenommen werden könnten, solle man ihnen belassen.

Die SPD-Fraktion lobte zunächst, dass das Land für das Projekt zur Einrichtung des Quartiersmanagements Fördermittel bereitstelle. Es sei aber lediglich für 1,5 Jahre bis Ende 2027 geplant; eine gesicherte Anschlussfinanzierung stehe nicht fest. Nun sei beabsichtigt, die Caritas, die gute Arbeit geleistet habe, durch eine andere Organisation zu ersetzen, die aber zur Herstellung ihrer Arbeitsfähigkeit erfahrungsgemäß ein Dreivierteljahr benötige. Vor dem Hintergrund des kurzen Projektzeitraums fragte sie, warum diese Zeit investiert werden solle, wenn mit der Caritas bereits eine etablierte Organisation zur Verfügung stehe. Sie warf die Frage auf, ob die Verwaltung möglicherweise die Caritas für die Wahrnehmung dieser Aufgabe als nicht mehr geeignet ansehe.

Die Verwaltung verneinte dies. Das Ziel des Projekts sei vielmehr, einen neuen Ansatz in den beiden Kommunen, welche den höchsten Anteil an Einwohnern aus dieser Bevölkerungsgruppe aufwiesen, zu verfolgen. Die kurze Umsetzungszeit sei darauf zurückzuführen, dass die Förderrichtlinie erst verspätet vorgelegen habe. Ursprünglich habe man einen früheren Projektbeginn anvisiert. Da die beteiligten Städte Gütersloh und Rheda-Wiedenbrück eine positive Rückmeldung gegeben hätten und das erforderliche Personal teilweise bereits zu Verfügung stehe, bestünden keine Zweifel an einer erfolgreichen Umsetzung. Zudem sei das Kommunale Integrationsmanagement in das Vorhaben eingebunden und mit seinen Erfahrungen bereits vor Ort tätig. Bei dem neuen Projekt und der bislang von der Caritas erfolgreich geleisteten Arbeit handele es sich um zwei unterschiedliche Ansätze.

Die AfD-Fraktion erklärte, dass sie das Projekt mit Skepsis betrachte, da es nicht nur um Sozialarbeit, sondern auch um die Finanzierung der Folgekosten eines Arbeitsmarktes gehe, von dem besonders bestimmte Branchen und Unternehmen profitierten. Deshalb liege die Verantwortung bei den Arbeitgebern, die von der EU-Freizügigkeit in unangemessener Weise profitierten. Weil die Menschen aus Osteuropa häufig nur befristet beschäftigt seien und nach ein bis zwei Jahren wieder in ihre Heimatländer zurückkehrten, sehe sie auch keinen akuten Integrationsbedarf. Bei einer von ihr in Sürenheide durchgeführten Befragung hätten die Beschäftigten u.a. angegeben, sich bei Unterstützungsbedarf an ihr Umfeld zu wenden. Sie lehne deshalb den Beschlussvorschlag ab.

Die FDP-Fraktion trug vor, dass sie einerseits das Projekt unterstütze, andererseits aber kritisch sehe, dass die Finanzierung nur auf einen kurzen Zeitraum angelegt sei. Realistisch sei davon auszugehen, dass die Einrichtung der erforderlichen Strukturen einschließlich Personal und Büroausstattung erst gegen Ende des Jahres abgeschlossen sei. Da die Finanzierungszusage zunächst nur für ein Jahr gelte, bestehe im schlimmsten Fall das Risiko, dass das Land im Anschluss keine weiteren Fördermittel bereitstelle. Die Umsetzung des Projekts benötige jedoch Zeit, da zunächst Vertrauen aufgebaut und der Kontakt zur Zielgruppe hergestellt werden müsse. Außerdem habe sie Bedenken, den Zuschussantrag der Caritas abzulehnen, da diese angesichts des kurzen Förderzeitraums und auf Basis ihres bestehenden Netzwerks die erforderlichen Strukturen möglicherweise schneller errichten könne. Ausschlaggebend für ihre ablehnende Haltung sei jedoch die nicht gesicherte Anschlussfinanzierung. Falls das Land nach Ablauf des Jahres 2027 keine weiteren Fördermittel bereitstelle, sei fraglich, ob die beiden Kommunen die entstehende Finanzierungslücke schlössen, zumal auch sie vor finanziellen Herausforderungen stünden, oder dann den Kreis um eine finanzielle Beteiligung bäten, wenn die heute beratene Beschlussvorlage dies nicht vorsehe. Eine solche Debatte wolle sie vermeiden, weshalb sie nicht wegen des inhaltlichen Ansatzes, sondern aus den letztgenannten Gründen dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen könne.

Die CDU-Fraktion hob hervor, dass zahlreiche Arbeitgeber im Kreisgebiet von diesen Arbeitskräften profitierten, die bei ihrer Ankunft häufig über einen Arbeitsvertrag verfügten und sich zudem über einen längeren Zeitraum hier aufhielten. In der Veranstaltung zur Vorstellung der Studie sei zudem deutlich geworden, dass die Familien aus anderen EU-Mitgliedsstaaten kämen und oftmals ihre Kinder mitnähmen, wie sich insbesondere in Rheda-Wiedenbrück zeige. Ebenso wie die Caritas mit ihrer mehrjährigen Erfahrung könnten auch die beteiligten Kommunen auf entsprechende Erfahrungen und Instrumente zurückgreifen. Beispielsweise gebe es in der Stadt Rheda-Wiedenbrück die Wohnraumkontrolle oder eine Clearingstelle, die die Lebensverhältnisse der Menschen kenne.

Sie teile die Ansicht der Fraktion Die Linke, dass es teilweise einen Vorbehalt gegenüber der öffentlichen Verwaltung gebe; das Projekt solle auch das Misstrauen durch die aufsuchende Sozialarbeit abbauen. Der Zeitraum sei kurz bemessen, weshalb die Umsetzung zeitnah erfolgen müsse. Zudem hätte sie sich einen früheren Informationsaustausch gewünscht. Sie bewerte den Ansatz dennoch positiv, da er seinen räumlichen Schwerpunkt auf die beiden Kommunen mit dem größten entsprechenden Bevölkerungsanteil

fokussiere. Die Caritas bleibe weiterhin ein wichtiger Akteur und verfüge auch künftig über Handlungsfelder in diesem Themenbereich, etwa beim Leader-GT8-Programm oder Corona-Sozialfonds. Sie mahnte an, den vorgesehenen Zeitrahmen einzuhalten und nach Ablauf von anderthalb Jahren die Kommunen nach den Projektergebnissen zu fragen. Der Vorteil der Ansiedlung des Projekts bei den Kommunen liege darin, dass sich daraus Steuerungsmöglichkeiten ergäben und Erkenntnisse gewonnen werden könnten. Nach intensiver fraktionsinterner Diskussion stimme sie deshalb dem Beschlussvorschlag zu.

Die Fraktion Die Linke merkte zu den Ausführungen der AfD-Fraktion an, dass die Fluktuation bei dem größten fleischverarbeitenden Betrieb in Rheda-Wiedenbrück rund 700 Personen im Monat bei insgesamt 6.000 Beschäftigten betrage, sodass die Belegschaft einmal im Jahr oder alle zehn Monate wechsele. Ein größerer Teil der Beschäftigten komme mit ihren Familien, um dauerhaft hier zu bleiben und in fleischverarbeitenden Betrieben zu arbeiten. Diejenigen, die dauerhaft bleiben wollten, müsse man angemessen unterstützen. Derzeit gebe es eine stetig wachsende Zahl privater Organisationen, die den Betroffenen unbürokratische Hilfe anböten, wobei es jedoch problematisch sei, dass die Qualifikation ihrer Mitarbeiter keiner Kontrolle unterliege und deshalb die Betroffenen aufgrund des Vertrauens in ihre Landsleute in finanzielle Schwierigkeiten gerieten, wenn etwa Anträge unvollständig gestellt würden.

Zu dem Wortbeitrag der FDP-Fraktion führte sie aus, dass die Caritas seit ca. zehn Jahren eine aus verschiedenen Landes-Fördermitteln finanzierte Stelle mit 1,5 Vollzeitäquivalenten vorhalte, die noch bis zum Ende der Projektlaufzeit finanziert sei. Danach müsse sie prüfen, ob diese woanders Fördergelder akquirieren könne, sodass nicht davon auszugehen sei, dass die Kommunen den Kreis um finanzielle Unterstützung bäten.

Zum Vorbringen der CDU-Fraktion ergänzte sie, dass die Idee, die Zielgruppe durch Streetworker zuhause aufzusuchen, voraussichtlich nicht erfolgversprechend sei. Einerseits sei die Vereinbarung von Terminen schwierig, da häufig unklar sei, wann man die betreffenden Personen zuhause antreffen könne. Andererseits seien Hausbesuche von staatlichen Institutionen ohnehin nicht erwünscht, da die Zielgruppe in der Vergangenheit, z. B. unter der Ceaușescu-Diktatur in Rumänien, mit Hausbesuchen negative Erfahrungen gemacht habe; deshalb erwarte sie, dass nur wenige Hausbesuche stattfänden. Abschließend plädierte sie nochmals dafür, die Fördermittel des Landes der Caritas zur Verfügung zu stellen.

Aufgrund des Projektumfangs hätte sich Mitglied Niemann-Hollatz (GRÜNE-Fraktion) mehr Zeit für die Beratung gewünscht; sie könne daher nicht beurteilen, ob ihr persönliches Abstimmungsverhalten der Meinung aller Fraktionsmitglieder entspreche. Angesichts des engen zeitlichen Rahmens sei es jedoch erforderlich, in der heutigen Sitzung einen Beschluss zu fassen, um den Projektstart zu ermöglichen. Sie begrüße, dass die Fördermittel in den Kreis Gütersloh flössen und befürworte das Konzept mit seinem neuen Ansatz. Als Pilotprojekt biete es vielfältige Möglichkeiten und eröffne eine neue Form der Zusammenarbeit mit der Zielgruppe. Gleichwohl werde die Arbeit der Caritas, die auf einer sogenannten „Hol-Struktur“ beruhe, wertgeschätzt. Der Ansatz des Quartiersmanagements gehe jedoch darüber hinaus, da er Elemente einer „Komm“- bzw. einer „Bring-Struktur“ umfasse. Dies bedeute allerdings nicht, dass Mitarbeiter an Wohnungstüren klingelten; gemeint sei eine aufsuchende Beratung mit stadtteilbezogenen Angeboten vor Ort. In ihrer Fraktion unterstütze deshalb die Mehrheit der Mitglieder diesen neuen Ansatz und traue den beiden Kommunen die Umsetzung des Konzepts zu.

Die Zuordnung des Projekts zum Kreis werde befürwortet, wobei er auf die Erfahrungen der beteiligten Kommunen angewiesen sei. Zugleich sollten bereits mit dem Projektstart die Fortführung des Vorhabens in den Blick genommen und frühzeitig weitere Fördermittel gesucht werden. Außerdem solle der Kreis nach Möglichkeit den Kommunen empfehlen, bei der Umsetzung des Projekts auf die Erfahrungen der Caritas zurückzugreifen und diese einzubinden. Ihre Fraktion stimme daher dem Beschlussvorschlag zu.

Die AfD-Fraktion fragte nach, auf welche Quellen sich die Fraktion Die Linke bei ihren Zahlen zur Fluktuation stütze. Nach Gewerkschaftsangaben sei die Fluktuation bei diesen Beschäftigten extrem hoch und die komplette Belegschaft, insbesondere bei der Premium Food Group, werde oftmals im Dreimonatsrhythmus ausgetauscht. „Die Glocke“ habe dazu berichtet, dass sich die Beschäftigten aufgrund der schlechten Arbeitsverhältnisse nur für eine kurze Zeit in Rheda-Wiedenbrück aufhielten. Sie teile die Auffassung der FDP-Fraktion, dass es beim Auslaufen der Landesförderung nicht zu verantworten sei, dass der Kreis eine Anschlussfinanzierung sicherstelle. Aus ihrer Sicht trage der Arbeitgeber die Fürsorgepflicht, insbesondere, wenn er seine Beschäftigten aus dem Ausland anwerbe.

Mitglied Arlt (Fraktion Die Linke) berichtete, dass er die Zahlen während seiner fünfjährigen Mitgliedschaft im Rat der Stadt Rheda-Wiedenbrück erhalten habe und er davon ausgehe, dass diese weiterhin aktuell seien. Darüber hinaus sei er der Ansicht, dass die Caritas im Falle einer Bewilligung der Fördermittel

bereit sei, Mitarbeiter für Sprechstunden in Blankenhagen oder Rheda-Wiedenbrück einzusetzen, um hierdurch einen direkten Kontakt zur Zielgruppe zu knüpfen.

Die SPD-Fraktion fügte unter Verweis auf die in den 1950er und 1960er Jahren nicht vollzogene Integration der sogenannten Gastarbeiter, die nicht vorübergehend, sondern dauerhaft hier geblieben seien und deren Nachkommen heute in der dritten und vierten Generation hier lebten, hinzu, dass es richtig sei, die Integration zu fördern. Die Entscheidung der zuständigen Ministerin des Landes NRW, dass MSOE-Programm zu beenden und nach einem Dreivierteljahr ein neues Programm zu starten, habe zur Verzögerung des Projekts geführt; andernfalls unterläge es jetzt nicht diesem engen zeitlichen Rahmen. Angesichts der kurzfristigen Projektumsetzung und der begrenzten Laufzeit solle die Caritas mit der Umsetzung der Förderrichtlinie beauftragt werden, da sie sich als Träger bewährt habe. Daher stimme sie dem Antrag der Fraktion Die Linke zu, zweifele aber auch nicht an der Kompetenz der Kommunen.

Nach kurzer Diskussion über die Abstimmungsreihenfolge, an der sich die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion beteiligten, ließ die Landrätin zunächst über den Antrag der Fraktion Die Linke abstimmen.

Ergebnis: Abgelehnt (4 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen)

Anschließend fasste der Kreisausschuss folgenden

Beschluss:

Der Einrichtung eines Quartiersmanagements für Zugewanderte aus Mittel- und Südosteuropa in den Kommunen Gütersloh und Rheda-Wiedenbrück auf Basis des vorgelegten Handlungskonzeptes (Anlage 1) wird zugestimmt. Diese Einrichtung erfolgt aus Landesfördermitteln in den Jahren 2026 und 2027, die zu 100 % in Gesamthöhe von 146.800 €/a zu gleichen Teilen (73.400,00 €/a) an die Städte Gütersloh und Rheda-Wiedenbrück weitergeleitet werden.

Aus im Haushalt des Kommunalen Integrationszentrums für das Jahr 2026 bereitstehenden Mitteln werden jeweils 40.000 € für das Jahr 2026 und 2027 für Angebote und Maßnahmen (insb. für Sprachförderung) innerhalb des Quartiersmanagements unter Federführung des Kommunalen Integrationszentrums bereitgestellt.

Der Antrag auf Erhalt der dem Kreis Gütersloh nach Förderrichtlinie zustehenden Landesfördermittel durch den Caritasverband Kreis Gütersloh e.V. kann gleichzeitig nicht berücksichtigt werden (Anlage 2).

Ergebnis: 14 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen